Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 71 (1991)
Heft: 1

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Araber für und gegen Saddám

Kein «Nord–Süd»-Konflikt

Der Irak, Kuwait, Jordanien und Syrien sind Nachfolgestaaten des Osmanischen Reiches. Mit dem Ersten Weltkrieg ging die Türkenherrschaft über den Nahen Osten zu Ende. Die Engländer hatten die Araber als Verbündete herangezogen und ihnen als Entgeld für den Aufstand die Unabhängigkeit versprochen.

Kleinfürst Hussain, der damals über die heiligen Städte des Islam — Mekka und Medina — herrschte, wurde zum Begründer der Dynastie der Hashemiten. König Hussain von Jordanien ist sein Grossenkel. Er herrscht über Jordanien und nicht über Arabien, weil der Clan der Sa'ud die Hashemiten von dort vertrieb. Zwischen Saudi-Arabien und Jordanien besteht unterschwellig eine alte Rivalität fort. Einen Staat namens Irak hatte es zuvor nie gegeben, nur eine Landschaft dieses Namens im Südteil des alten Mesopotamiens. In den neugegründeten Staat Irak wurden auch grosse Gebiete im Norden eingeschlossen, die von Kurden bewohnt werden. Rund ein Drittel des Irak ist nicht-arabisch, aber dort liegen die grössten Ölvorkommen. Als Nationalstaat ist der Irak also ein künstliches Gebilde. Die Iraker geben sich gern als Erben der Babylonier aus, um die Eigenstaatlichkeit zu legitimieren, behaupten zugleich, Kuwait sei ein künstliches Gebilde, ein Geschöpf des britischen Kolonialismus.

Während des Osmanischen Reiches gehörte tatsächlich ein Nordzipfel des kleinen Kuwait zur irakischen Provinz Basra. Das eigentliche Kuwait aber, die Stadt mit dem Hafen, hat seit etwa 250 Jahren eine ungebrochene Tradition als Kleinfürstentum. Kuwait wurde stets von der Dynastie der Sabah regiert.

Geographisch und kulturell erscheint Kuwait wie ein Teil des Südirak oder auch wie der Norden Saudi-Arabiens. Der vor Jahrzehnten erhobene Anspruch des Irak auf Kuwait ist strategisch und wirtschaftlich bedingt. Der Irak hat nur einen sehr schmalen Zugang zum Golf. Die Kuwaitis stehen den Irakern im Weg. Diese hatten deshalb den Kuwaitis auch schon einmal angeboten, die beiden vorgelagerten Inseln Bubiyan und Warba in Pacht übernehmen zu wollen. Aber der Ministaat hätte ungern einen Teil seines Territoriums abgegeben.

Kaum hatten die Engländer Kuwait in die Unabhängigkeit entlassen, begannen die Iraker den Marsch nach Süden. Also kehrten die Engländer schleunigst zurück, worauf die Iraker eine Kehrtwendung machten und Kuwait Kuwait sein liessen.

Auch Iran erhebt Anspruch auf Kuwait

Als der irakisch-iranische Krieg ausbrach, fanden Baghdad und Kuwait in gemeinsamer Abwehrstellung gegen die Perser zusammen. Die erheben auch Anspruch auf Kuwait — wie auf

den Irak, auch auf den Inselstaat Bahrain. Dieser iranische Expansionismus ist während der gegenwärtigen Kuwait-Krise fast in Vergessenheit geraten. Der Schah hatte bereits Vorstellungen von einem Grossiran.

Tatsächlich sind fast ein Drittel der Kuwaitis Schi'iten; viele Familien sind gemischten Ursprungs, arabisch-persisch, wie auch im Südirak. Die Kuwaitis aber fürchteten die Iraner mehr als die Iraker und ergriffen für Baghdad Partei. Für das schwer angeschlagene Regime Saddáms wurden sie die wichtigste Stütze, ohne die es den Krieg mit dem Ayatollah verloren hätte. Die Iraker kämpften, die Kuwaitis zahlten.

Nur ein halbes Jahr vor dem Angriff auf das Emirat, verlieh Saddám dem Emir von Kuwait die höchste Auszeichnung und würdigte ihn als besten Freund des irakischen Volkes. In privaten Gesprächen drängte er den kuwaitischen Herrscher dann, dem Irak einige Milliarden Schulden zu erlassen. Dann war plötzlich wieder die Rede vom Abtreten der kuwaitischen Inseln. Als die Kuwaitis nicht gleich positiv reagierten, drohte Saddám und beschuldigte sie, an der Grenze zwischen den beiden Ländern Öl zu zapfen, das aus irakischem Boden käme. Tatsächlich verläuft die Grenze durch das Rumaila-Ölfeld, aus dem beide Staaten schöpfen. Jetzt waren die Kuwaitis nicht mehr arabische Brüder. Vielmehr waren sie die schlimmsten Ausbeuter und Verräter. Die Baghdader Medien erfanden eine Dolchstosslegende: Während die Iraker mit der Verteidigung des Arabertums gegen den persischen Erbfeind beschäftigt waren und dabei fast zugrunde gingen, hätten die Kuwaitis bei ihnen eingebrochen und die irakische Wohnung leergeräumt. Ferner wurde den Kuwaitis vorgeworfen, sie würden überproduzieren und damit die Ölpreise drücken. Das ganze klang ultimativ, zumal entlang der Grenze eine Streitmacht von über 100 000 Mann aufmarschierte.

Es kam zu intensiven Schlichtungsversuchen seitens mehrerer arabischer Staaten. König Hussain von Jordanien und Präsident Mubarak wirkten auf Saddám ein, da sie im Krieg gegen Iran Baghdad massiv unterstützt hatten. Zusammen mit dem Jemen hatten Ägypten, Jordanien und der Irak ausserdem ein Viererbündnis geschlossen, so dass Kairo und Amman ohnehin über wichtige Schritte Baghdads unterrichtet werden musste. Saddám beschwichtigte seine Verbündeten und versicherte, dass er keine militärischen Schritte unternehmen werde. Einen Tag später marschierten seine Truppen in Kuwait ein, besetzten das Emirat und rückten an die saudische Grenze vor, die sie stellenweise um einige Kilometer überschritten.

Die Regierung in Riad hatte ebenfalls Baghdads Kampf gegen Teheran mit Riesensummen unterstützt. Jetzt identifizierte sich das Königreich der Wahhabiten mit seinen kuwaitischen Verbündeten, die zu Zehntausenden in Saudi-Arabien Zuflucht suchten, allen voran der Emir mit seinem gesamten Clan. Die Saudis fühlten sich bedroht und rechneten mit einem Vormarsch der Iraker auf die saudischen Ölfelder südlich von Kuwait.

Betrogene Bündnispartner

Unterstützung fanden sie bei den Ägyptern, die sich von ihren irakischen Bündnispartnern hintergangen fühlten. Es war ohnehin zu schweren Belastungen des Verhältnisses zwischen Kairo

und Baghdad gekommen. Vor einem Jahrzehnt hatten sich fast zwei Millionen Ägypter als Arbeiter nach Irak verdingt. Sie sorgten dafür, dass während des Krieges gegen Iran die irakische Wirtschaft nicht zusammenbrach. Saddám konnte all seine Iraker gegen die persische Übermacht ins Feld schicken. Ägypter, Sudanesen, Jordanier, Inder und Bangladeshis bestellten die Felder und bauten zerstörte Städte wieder auf.

Doch auch diesen «Gastarbeitern» gegenüber zeigte sich der irakische Diktator undankbar. Speziell Ägypter wurden häufig wie Sklaven behandelt. Mehr als hundert von ihnen kehrten in Särgen nach Ägypten zurück. Nach der Besetzung Kuwaits durch Saddám Hussains Truppen mussten Hunderttausende von Ägyptern in Kuwait und im Irak ihre Arbeit aufgeben und ohne ihre Habe in die Heimat zurückkehren, wo sie Arbeitslosigkeit erwartet. Dadurch entstand eine heftige anti-irakische Stimmung. Präsident Mubarak fiel es daher leicht, 40 000 Mann der ägyptischen Armee nach Saudi-Arabien zu entsenden, um einen eventuellen Vormarsch der Iraker aufzuhalten.

Zu den Ägyptern gesellten sich die Syrer. Syriens Präsident Assad und Iraks Saddám gehören derselben «Partei der arabischen Wiedergeburt», kurz *baath* genannt, an. Doch sie sind Todfeinde. Im irakisch-iranischen Krieg stand Damaskus auf seiten Teherans, im Libanon kämpften Syriens maronitische Gegner mit irakischen Waffen.

Die USA bauen eine «Islamische Front» auf

Die Amerikaner waren froh darüber, dass sie nicht allein in die Bresche springen mussten. Kuwaitis und Saudis hatten sich hilfesuchend an die Regierung der USA gewandt, und Präsident Bush säumte keinen Moment, amerikanische Truppen an den Golf zu entsenden. Es sollte jedoch nicht nach einer Aktion zur Verteidigung der Ölinteressen aussehen.

Ausserdem ist der Kern der arabischen Halbinsel, also das Herzland des Islam mit den heiligen Stätten Mekka und Medina, für Nicht-Muslims Sperrzone.

Die irakische Propaganda nutzte die Anwesenheit der US-Truppen in Arabien dazu, um Muslims in aller Welt zu einem Heiligen Krieg aufzurufen, einem *djihád* zur Befreiung der Geburtsstätten des Islam von den Ungläubigen und ihren Vasallen aus Saudi-Arabien und Kuwait. Deshalb bemühte sich die US-Regierung, möglichst viele muslimische Staaten an der Aktion gegen den Irak zu beteiligen. König Hassan von Marokko war nicht begeistert, schickte aber ebenfalls 40 000 Mann an den Golf. Pakistan, das früher bereits einmal zwei Divisionen in Saudi-Arabien stationiert hatte, schickte wieder ein Truppenkontingent von 5000 Mann. Ihm schlossen sich 2000 Mann der afghanischen Mudjahidin an. Sie waren schliesslich ein Jahrzehnt lang von Saudi-Arabien und Kuwait finanziert worden. Eine Schuld hatte auch Bangladesh zu begleichen.

Eine islamische Front gegen den Irak kam zustande, wenngleich diese Truppen, plus der kläglichen Armee Saudi-Arabiens keinen nennenswerten militärischen Faktor darstellen. Ein US-General, den man nach den Einsatzmöglichkeiten der Saudis fragte, gab zur Antwort: *«Die beste Unterstützung die sie uns leisten können ist, uns nicht*

in den Weg zu rennen und sich aus ihren Kasernen nicht fortzubewegen.»

Goldene Gelegenheit für die Türkei

Ganz anders sähe es aus, wenn die Türkei sich anschlösse. Der türkische Ministerpräsident ist über die Grossspurigkeit der Kollegen aus Baghdad verärgert. Saddáms Abgesandter trug beim Empfang in Ankara eine Pistole am Halfter. *«Der hielt mir einen Vortrag über den historischen Anspruch des Irak auf Kuwait»,* erzählte Özal schmunzelnd in Washington. *«Ich hätte ihm beinahe erwidert, dass eigentlich beide, Kuwait und der Irak, uns Türken gehören.»*

Den Türken ist die Kuwait-Krise recht; denn nunmehr braucht der Westen sie wieder. Die Türkei war jahrzehntelang ein unentbehrlicher Vorposten der USA. Mit der Entspannung zwischen den Grossmächten drohte sie in Bedeutungslosigkeit zu verfallen.

Worauf gründet Saddáms Zuversicht?

Lybien und Tunesien, der Jemen und der Sudan hielten zu Saddám, ebenso Mauretanien und Algerien, bis zu einem gewissen Grade auch Jordanien. Die verzweifelten Palästinenser sind stets auf der Suche nach einem starken Beschützer. Auf die Sowjets können sie nicht mehr setzen.

Was veranlasst die einen, fanatisch für Saddám Partei zu ergreifen, und die anderen, auf seine Beseitigung durch die Amerikaner zu drängen? Gegen Iran hat sich die Armee Saddáms schlecht geschlagen. Wie könnte es anders sein bei einem Offizierscorps, das alle paar Jahre zum Opfer blutiger «Säuberungen» wird? Der Diktator von Baghdad ist durch die massive Hilfe mehrerer Staaten vor dem Zugriff Khomeinis gerettet worden. Das wollen jedoch viele Araber — und gerade in entfernt gelegenen Staaten wie Tunesien und Algerien — nicht wahrhaben. Auf der Suche nach einem neuen Nationalhelden machen sie aus Saddám, was er am allerwenigsten ist, einen grossen Krieger.

Anachronistische Weltsicht

Der romantische Nationalismus des 19. und frühen 20. Jahrhunderts ist in der arabischen Welt lebendig. Von Nasser bis Saddám waren Diktatoren auf der Suche nach einer Rolle in der Weltpolitik, die in keinem Verhältnis zur relativ kleinen Zahl der Araber und ihrer geringen Bedeutung als Menschenpotential steht.

Sieht man vom Öl ab, dann ist selbst unter den muslimischen Brüdern mancher Staat — etwa Indonesien oder Pakistan — in vielen Hinsichten gewichtiger als alle Araberstaaten zusammen. Andere Dritt-Welt-Länder — wie Brasilien oder Indien — stellen die Araberwelt vollends in den Schatten. Den Arabern scheint es aber besonders schwer zu fallen, sich mit der Reduzierung ihrer globalen Bedeutung abzufinden.

Diese Hybris ist nicht nur bei Islamisten (Fundamentalisten) stark, sondern auch bei vielen Säkularisten. In Krisenzeiten bricht sie stärker hervor, kaum je zuvor so stark wie in der Kuwait-Krise; hier ist es erstmals einem Araber gelungen, anderen Mächten das Fürchten zu lehren.

Das lässt auch Araber triumphieren, von denen man es am wenigsten erwar-

tet hätte, weil sich der nationale Minderwertigkeitskomplex hinter einer Maske der Verwestlichung verbarg. Andere wiederum, die als antiwestliche Fanatiker galten, können nun beweisen, dass sie es mit ihren Forderungen nach Gerechtigkeit für die Palästinenser wirklich ernst meinten. Saddám wird von zahlreichen muslimischen Religionsgelehrten ob seines Vorgehens gegen Kuwait verdammt.

Gewiss sind die Saudis aktiv bemüht, diese Stimmung durch finanzielle Anreize zu fördern. Doch die Stimmung ist bereits vorhanden, besonders in denjenigen Staaten, deren Bürger in Kuwait und im Irak durch die Krise furchtbar zu leiden hatten, also in Ägypten, Bangladesh, Pakistan, Sudan, Marokko und der Türkei.

Während in Ägypten und in der Türkei Bereitschaft besteht, sich für Kuwait und Saudi-Arabien zu schlagen, scheint im wahhabitischen Königreich selbst die Stimmung allmählich umzuschlagen. Für diesen Meinungsumschwung ist nicht einmal eine Opposition gegen den herrschenden Clan der Saud vonnöten, er kommt aus den Reihen der Königsfamilie selbst und kristallisiert sich um Fahds Bruder, Kronprinz 'Abdallah. Er ist für eine arabisch-nationalistische und anti-westliche Position bekannt.

Fast alle Saudis aber betrachten die G.I.'s als eine neue Gattung von Gastarbeitern. Man hatte ägyptische Lehrer und pakistanische Piloten, Krankenschwestern aus Bangladesh, Zweitfrauen aus Indien, türkische Bauunternehmer, koreanische Ingenieure, Kindermädchen von den Philippinen, Konkubinen aus Thailand, Köche aus Marokko und Kellner aus Sri Lanka. Jetzt hat man amerikanische Soldaten. Der hohe Anteil von Frauen bei den US-Truppen wird von der Gegenpropaganda ausgeschlachtet.

Mehr als eine Million Jemeniten werden aus Saudi-Arabien mehr oder weniger abgeschoben, — eine weitere menschliche Tragödie und eine wirtschaftliche Katastrophe für die Regierung 'Ali Sálih, die auf Seiten Saddáms steht. Plötzlich werden ausführliche Interviews mit dem Ex-Imam des Jemen Al-Badr veröffentlicht, der seine Rückkehr an die Macht ankündigt. Wer hatte gewusst, dass es den 1961 gestürzten Herrscher des Jemen noch gibt? Am heftigsten beschimpft wird die sudanesische Regierung, die auf dem Luftweg über Khartum Hilfsgüter an Baghdad weiterreichen liess, zur gleichen Zeit aber in Riad mit der Bitte um Finanzhilfe vorstellig wurde. Während der letzten zehn Jahre hat Saudi-Arabien Milliarden in den Sudan hineingepumpt, ganz gleich, welche Regierung in Khartum am Ruder war. Es hat nichts gefruchtet, weil das meiste des gespendeten Geldes veruntreut worden ist, insbesondere von den Spekulanten der sogenannten «Islamischen Banken».

Überall verändern sich die Fronten. Die algerischen Islamisten, die bislang als verhältnismässig moderat galten und von Saudi-Arabien finanziell ausgehalten wurden, haben sich auf die Seite Saddáms geschlagen. Darauf sperrten ihnen die Saudis die Gelder. Algeriens ehemaliger Präsident Ben Bella, der in die Heimat zurückkehren durfte, sucht die Islamisten an Saddám-Begeisterung noch zu überbieten. Der opportunistische Politiker war erst Sozialist nach dem Vorbild Castros, dann wurde er zum Khomeini-Fan und will nunmehr sein Leben in den Dienst der Sache Saddáms stellen.

Die Rolle der baath-Partei

Darüber hinaus aber ist das Baghdader Regime seit fast zwanzig Jahren dabei, seinen Einfluss in der arabischen Welt auszudehnen, und zwar mittels der *baath*-Partei, die nicht eine irakische, sondern eine pan-arabische Partei sein will. Bisher hat sie nur weitab vom Mittleren Osten die Macht ergreifen können, nämlich in Mauretanien, einem dünn besiedelten Wüstenstaat.

König Hassan von Marokko ist über die militärische Präsenz der Iraker im benachbarten Mauretanien besorgt; das war einer der Gründe, weshalb er schliesslich Truppen in die Vereinigten Arabischen Emirate und nach Saudi-Arabien entsandte. Noch besorgter zeigen sich die Spanier, wegen der Bedrohung der Kanarischen Inseln durch die in Mauretanien stationierten irakischen Raketen. Deshalb beteiligt sich auch Madrid an der anti-irakischen Armada am Golf. Man muss sich fragen, ob die irakische Präsenz im fernen Mauretanien Saddám Hussein nicht mehr geschadet als genützt hat. Er provoziert mehr als er profitiert.

Die Militärregierung des Sudan liegt auf der Linie der *baath*-Partei. Hier gab es bis zum Juni 1989 eine aus freien Wahlen hervorgegangene Regierung, die dann von einer irakhörigen Junta gestürzt wurde. Der Bürgerkrieg zwischen dem arabisierten Norden und dem schwarzafrikanischen Süden schien sich Mitte 1989 seinem Ende zu nähern. Nach Ausrufung der Militärdiktatur und Belieferung der Nordarmee mit irakischen Waffen kam es zu Massakern und zur Verelendung des Sudan, der einer Hungersnot entgegensieht, die noch schlimmer wird als die Katastrophe von 1984/85. Dabei hat das pro-irakische Regime militärisch an Boden verloren. Seit Baghdad nicht mehr hilft, klammert sich der selbsternannte General Bashir an Gaddhafi.

Rassendünkel und Grössenwahn

In Mauretanien und dem Sudan schürt die *baath*-Partei den Rassenhass zwischen Braunen und Schwarzen. Beide Länder haben eine schwarzafrikanische Mehrheit, die von den arabischen Militärdiktaturen blutig unterdrückt wird. In beiden Fällen warnt die irakische Propaganda vor einer Überfremdung des Arabertums durch die Schwarzen. Dieser Rassenkonflikt spiegelt das inner-irakische Problem wider. 1989 liess Saddám das gesamte Grenzgebiet zur Türkei und zum Iran entvölkern. Die in den dortigen Gebirgen ansässigen Kurden wurden zu Hunderttausenden in wüstenartiges Flachland umgesiedelt, wo sie sich der zwangsweisen Arabisierung, sofern sie überleben, nicht länger entziehen können. Rassistische Töne hatte der irakische Diktator auch im Krieg mit Iran angeschlagen. Er hätte weltweit Sympathien gewinnen können, hätte er den Krieg als Verteidigung des Fortschritts gegen eine anachronistische Theokratie ausgegeben. Stattdessen sprach er von den Schlachten der Antike zwischen Arabern und Persern.

Ungeachtet seiner Berufung auf Nebukadnezar, begann Saddám vor sieben Jahren, einen islamischen Propaganda-Apparat aufzubauen. Damit versucht er, Iran und Saudi-Arabien Konkurrenz zu machen, indem er alljährlich islamische Kongresse in Baghdad abhalten lässt, zu der sich Hunderte von Rechtsgelehrten aus vielen Ländern einladen lassen. Auch

Moscheen lässt Saddám im Ausland bauen, als sei er der eigentliche Schutzherr der islamischen Mission.

Er will das Leben jedes Irakers bis in alle Einzelheiten bestimmen. So liess er sich in einem Fernsehinterview vernehmen: *«Saddám Hussain begleitet die Iraker auf Schritt und Tritt. Saddám Hussain steckt in jedem Schluck Milch, den irakische Kinder trinken.»*

Khalid Duràn

Brief aus Deutschland

Unvollendete Einheit

«Die Verfasser deutscher Geschichtsbücher werden gut daran tun, mit dem Jahr 1991 einen neuen Band aufzuschlagen,» schreibt der *«Economist»* (The World in 1991); *«nach 40 Jahren BRD-DDR-Kürzel haben wir es jetzt endlich mit einem einzigen, einfachen ‹Deutschland› zu tun. Nach der hoffnungsreichen und aufregenden Reise zur Einheit des Jahres 1990 wird 1991 eher als ein Jahr der der mühsamen und harten Arbeit erscheinen.»* Diese Arbeit fällt der ersten gesamtdeutschen Regierung, erneut unter der Kanzlerschaft Helmut Kohls, zu.

Der beste Kanzler

Die Bundesrepublik hatte bisher sechs Kanzler: Adenauer, Erhard, Kiesinger, Brandt, Schmidt und Kohl. Insgesamt, und wenn man die Reihe der Bundespräsidenten (Heuss, Lübke, dessen zweite, wenig erfolgreiche Amtszeit ihm aus Altersgründen nur bedingt anzurechnen ist, Heinemann, Scheel, Carstens, v. Weizsäcker) hinzunimmt, muss man sagen, die Westdeutschen haben in der zweiten Jahrhunderthälfte Glück gehabt mit ihren führenden Politikern.

Der *«Spiegel»* (46/1990, 12. November) hat eine Umfrage veranstaltet: *«Wer war der beste Kanzler?»* Die Frage ist natürlich in ihrer demoskopischen Schlichtheit mehr denn problematisch. Denn was heisst *«der beste Kanzler»?* Ist das der symphatischste? Der erfolgreichste? In der Aussen-, der Innenpolitik? Derjenige, der den Bürgern das angenehmste Leben verschafft hat? Und wie sollen die Bewohner der Ex-DDR urteilen, die doch ganz andere Erinnerungen haben? Was für die Bewohner der Bundesrepublik Adenauer, war für sie Ulbricht, wenn auch mit negativen Vorzeichen. Aber Umfragen sind als Stimmungsbarometer dennoch von Wert. Nehmen wir die Ergebnisse im Westen:

Für 37 von 100 Bundesbürgern war Konrad Adenauer der beste Kanzler. Das überrascht nicht. Er hat den Deutschen den Weg aus dem Kriegselend hinaus und in die westlichen Gemeinschaften hinein gewiesen. Die Westbindung, der sich die überwiegende Mehrheit der Westdeutschen über vier Jahrzehnte lang verpflichtet fühlten, ist seine historische Kennmarke. Nach zwei Übergangskanzlern — Erhard, der nur als Nachfolger angesehen wurde, und Kiesinger, dessen Funktion sich

darauf beschränkte, durch die «grosse Koalition» die Sozialdemokraten regierungsfähig zu machen —, bestimmte Willy Brandt mit seiner Ostpolitik die nächste Etappe. Sie blieb fast 25 Jahre lang in Geltung. Auch die CDU/CSU/FDP-Koalition unter Helmut Kohl hat sich auf die «Politik der kleinen Schritte» festgelegt, die zu einer Humanisierung des zweiten deutschen Staates führen sollte. Bundeskanzler Brandt reiste nach Erfurt, Bundeskanzler Kohl hat den Staatsratsvorsitzenden Honekker in Bonn empfangen. Brandt, den Initiator der Annäherung an die DDR, nannten aber nur schmale zwölf Prozent den besten Kanzler, ein — angesichts der bis heute eindrucksvoll wirkenden Gestalt des Nobelpreisträgers — unerwartet schlechtes Ergebnis. Als noch sonderbarer werden viele die Tatsache empfinden, dass Helmut Kohl, der Kanzler der Einheit, nur von zehn Prozent der Bundesbürger als der beste Kanzler bezeichnet wird. Hingegen erreicht Helmut Schmidt mit 32 Prozent fast den Maximalwert von Adenauer. Obwohl er weder die Westbindung noch die Ostpolitik noch die Einheit für sich in Anspruch nehmen kann. Vielmehr ist er den Deutschen — zu seinem Unwillen — als «Macher» in Erinnerung geblieben.

Schmidt galt und gilt noch immer als der integre, fleissige, seriöse Mann, auf den Verlass ist, der sich nicht schont. Man erinnert sich an sein Durchsetzungsvermögen während der Hamburger Flutkatastrophe und an seine unnachgiebige Haltung während der Terroristenzeit, Schleier, Mogadisciu. *«Solch einem Mann würde ich meine Tochter zur Frau geben»,* erklärt ein Beobachter die Hochschätzung, die er bei der grossen Massen der Wähler noch heute geniesst, auch wenn er als barsch, gelegentlich als arrogant gelten konnte. Nicht der Mann mit den hohen Visionen, mit der Phantasie eines Willy Brandt, sondern der tüchtige Fachmann, der das Regieren als Beruf auffasst, den er gelernt hat, wie der Elektriker oder Schweisser den seinen, imponiert den Deutschen.

Dass Helmut Kohl kein entsprechendes Prestige geniesst, hat mehrere Ursachen. Erstens werden seine wahren Qualitäten als Profi der Politik von den Deutschen nicht hinreichend erkannt, obwohl er doch Adenauers Ziel, die Wiedervereinigung, mit Adenauers Mitteln — Westbindung im Blick auf den notwendigen Zerfall des kommunistischen Blocks — erreicht hat. Zweitens fehlen ihm die anheimelnden Eigenschaften einer Vaterfigur oder eines Volkslieblings. Drittens hat die deutsche Intelligenz, als deren Vaterland die Ideologie bezeichnet worden ist, gegenüber den geringen rhetorischen und medialen Fähigkeiten des Kanzlers seine wichtigste politische Qualität stets verkannt, nämlich Mehrheiten zusammenzubringen und mit ihnen seine Ziele zu verwirklichen. Er gilt in diesen Kreisen vielmehr als der Mann, der das Glück hatte, dass ihm das Schicksal die Einheit in den Schoss geworfen hat; seine Hauptleistung habe darin bestanden, seine Chance zu nutzen. Nicht begriffen wird, dass es für einen Politiker Ausweis der Meisterschaft bedeutet, wenn er zum richtigen Zeitpunkt das Richtige tut. In seinem Fall bedeutet das, die Einheit zum frühest möglichen Termin zu ergreifen, in dem tieferen Wissen, dass in der Politik immer etwas passieren, immer etwas in die Quere kommen kann. Lafontaine, dessen Zukunftsüberlegungen man nicht zu unterschätzen braucht, besass doch dieses einfache Wissen nicht.

Dass er in den fünf neuen Ländern noch erheblich schlechter abgeschnitten hat als im Westen, wirft ein bezeichnendes Licht auf ihre Einstellung zur Einheit.

Die SPD, die zwei bedeutende Kanzler stellte, tut sich seither schwer mit ihren politischen Führungsfiguren, ist jetzt in eine Führungs- und Orientierungskrise geraten. Der tüchtige Landesvater von Nordrhein-Westfalen, Rau, stand 1986 gegen Kohl auf verlorenem Posten wie vor ihm der arbeitsame, aber uninspirierte Vogel und auch nach ihm der phantasiereiche, aber zapplig-unbeständige Lafontaine. Aus der Generation der «Enkel» ragt in West und Ost keine die Massen faszinierende Figur hervor. Die Parteiprogramme wiederum stehen nach den Worten von Erhard Eppler, des Vorsitzenden der Grundwertekommission, *«hierzulande in keinem guten Ruf, Realisten gehen mit einem verzeihenden Lächeln darüber hinweg, für die Parteien sind sie ein blosses Ritual, um das sich die Politiker nicht kümmern»*. Das neue Berliner Programm stellt einen Kompromiss zwischen den verschiedenen Strömungen dar, die darin formulierten Zielsetzungen können nicht überzeugen. Freiheit, Gleichheit, insbesondere zwischen Geschlechtern, Solidarität, dazu Öko, sozialverträglicher Umbau der Industriegesellschaft, Hilfe für den Osten und die dritte Welt — wer will das nicht?

Die Einheit ist noch nicht vollendet

Für Adenauer begann nach dem Krieg ein neues Kapitel der deutschen Geschichte. In seiner ersten Regierungserklärung (20. September 1949) nach Gründung der Bundesrepublik skizzierte er die Aufgaben, die es zu bewältigen galt. Das Land war noch nicht frei, noch nicht gleichberechtigt, zerrissen in zwei Teile. Das galt es mit Geduld und Beharrlichkeit zu ändern. Neue, teilweise neuartige Aufgaben kamen hinzu: die Integration von Millionen Vertriebenen und ihrer Ansprüche, insbesondere gegenüber Polen, der wirtschaftliche Wiederaufbau, der Wohnungsbau, der Umbau mit und die Wiedereingliederung der Belasteten des NS-Regimes, die Rückführung der Kriegsgefangenen, schliesslich die politische Neuorientierung nach Westen hin. All diese Ziele — vom Lastenausgleich bis zur Wiedervereinigung — sind in den vergangenen 41 Jahren erreicht worden. Dabei hat die Bundesrepublik als Folge ihrer massvollen und verantwortlichen Politik internationale Respektabilität gewonnen.

Auch nach der ersten gesamtdeutschen Wahl stellen sich der neuen Regierung neue und teils neuartige Aufgaben. Die wichtigste besteht darin, die Lebensverhältnisse der fünf neuen Länder in der Ex-DDR denen des Westen anzugleichen; erreicht werden muss, dass es in Deutschland nicht Bürger erster und zweiter Klasse gibt. Die deutsche Einheit ist mit der staatlichen Einheit noch nicht vollendet. Die administrative, juristische, wirtschaftliche, finanzpolitische, soziale und kulturelle Einheit muss noch verwirklicht werden. Die wichtigste zu erreichende Veränderung ist jedoch psychologischer Art. Obwohl die Wahlergebnisse in den Gebieten West und Ost fast identisch sind, und man also in dieser Beziehung auf gemeindeutsche Verhaltensweisen schliessen kann, besteht zwischen den alten und neuen Ländern nach wie vor ein ausserordenlich starkes Gefälle des Wohlstands und Wohlbefindens. An

manchen grenznahen Gegenden herrscht eine Stimmung *«zwischen Aggression und Depression»* (Ehmke). Selbst von Hass der Gruppen ist die Rede. Der damalige Ministerpräsident de Maizière äusserte frühzeitig den Wunsch, dass die Begriffe *«Ossis»* und *«Wessis»* aus dem Sprachschatz der Deutschen verschwinden. Sie werden heute häufiger gebraucht denn je.

Es ist jedoch — ein Jahr nach dem Durchbruch der Mauer, drei Monate nach der Einheit — zu früh, Bilanz über die Stimmung der Nation und über das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen zu ziehen. Erst nach der Angleichung des Lebensstandards wird ein Urteil möglich sein. Und erst dann wird man einschätzen können, was die nostalgischen Erinnerungen an die gute alte DDR-Zeit bedeuten, auf die man gelegentlich in den fünf neuen Ländern und Berlin trifft, als die DDR die elftstärkste Industriemacht der Welt war und internationale Anerkennung gewann; als der rigorose Leistungswettbewerb des Westens den DDR-Bürgern noch unbekannt war; als der gewohnte Schlendrian bei sicheren Einkommensverhältnissen und Privilegien herrschte; als SPD und SED ein gemeinsames Programm entwarfen und Egon Bahr, der Prophet der Entspannung, die Wiedervereinigung *«die Lebenslüge der Bundesrepublik»* nannte.

In solch einer Zeit, die von den ehemaligen Bewohnern der DDR radikale Neuorientierungen fordert, ist es nicht verwunderlich, dass vielerorts Verwirrung herrscht. Den Ostdeutschen wird vorgeworfen, sie hätten blossen Konsum gewählt, Bananen und Mercedes. Nach der Umstellung würden sich viele flinke Geschäftsleute wie die schlimmsten Manchester-Kapitalisten des 19. Jahrhunderts betragen. Den Westdeutschen wiederum wird mangelnde Solidarität und Opferbereitschaft vorgehalten, materialistisches Gewinnstreben, kleinkarierte Kostenorientiertheit, auch wenn es um nationale Ziele geht — wie bei der Hauptstadtfrage. Diese Rügen treffen teilweise zu. Doch die angeprangerten Verhaltensweisen sind, genau besehen, normale, neid- und angstgesteuerte Menschlichkeiten in Zeiten des Umbruchs. Das gleiche gilt von den bedauerlichen, aber ebenfalls üblichen Verbrechen, Betrügereien, Gaunereien, ob von seiten der Stasi, der SED-Nachfolgepartei PDS oder anderen, die unter solchen labilen Umständen, die zwangsläufig «Wendehälse» hervorbringen, an der Tagesordnung sind. Viele Klagen, beispielsweise über das Wohlstandsgefälle von West nach Ost, werden übrigens höchst parteiisch formuliert. Dass man bei den niedrigen Löhnen auf dem Gebiet der Ex-DDR auch die sehr billigen Mieten oder Verkehrstarife in Rechnung stellen muss, wird geflissentlich übersehen. Kassandrarufe sind jedenfalls nicht am Platz.

Alle massgebenden Zeitbetrachter glauben, dass der Osten wirtschaftlich, politisch und moralisch ein Investitionsgebiet mit hoher Rendite werden wird. Und es spricht viel dafür, dass Helmut Schmidts Prognose zutreffen wird, dass sich nämlich bereits in zwei/drei Jahren die Verhältnisse in den fünf neuen Ländern (ausgenommen die Wohnungswirtschaft) normalisiert haben, ja in grosser Blüte stehen werden.

Revolution und Nation

Alle Welt deutet das neue Kapitel der deutschen Geschichte als Folge der friedlichen Revolution. Aber waren die friedlichen Vorgänge von 1989 wirklich

eine Revolution, also der gängigen Definition nach ein vollkommener und radikaler Bruch mit der Vergangenheit? Eher ist es wohl der Zusammenbruch eines verrotteten Systems der Lüge und Gewalt gewesen, während für den neuen deutschen Gesamtstaat Kontinuität angesagt ist, Fortführung der vierzigjährigen Lebensordnung der Bundesrepublik. Während der Einigungsgespräche ist häufig betont worden, es handle sich nicht um einen «Anschluss», sondern um einen Zusammenschluss zweier souveräner Staaten, zweier Gesellschaften, die beide in das neue Gebilde einbringen, was erhaltenswert sei; nach dem Einigungsvertrag handelte es sich um einen Beitritt der fünf Länder zur Bundesrepublik. Aber was war eigentlich an Honeckers Zwangsstaat erhaltenswert, von Details wie Rechtseinbiegen bei Rot oder Tempo Hundert abgesehen?

Aufgabe der deutschen Intellektuellen wäre es, diese Fragen zu stellen und Antworten vorzuschlagen. Aber, mit den Worten von Pavel Kohout: *«In der deutschen Literatur vermisse ich heute die realitätsnahen Themen (...) Ich lese nur Intellektuelles über Intellektuelle»;* oder, wie Melvin Lasky schreibt, *«in Moskau, Prag, Budapest oder Warschau hat man immer — aus dem Munde so unterschiedlicher Personen wie Sacharov, Havel, Konrád, Michnik — nachdenklich-selbstkritische Überlegungen über das herrschende System hören können; in Deutschland sucht man vergebens nach einem derartigen intellektuellen Aufschrei, der den Beginn einer Vergangenheitsbewältigung hätte darstellen können, von der die Deutschen immer reden, nach der sie aber niemals handeln.»* Nicht wenige deutsche Intellektuelle halten auch nach dem internationalen Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus an ihren Idealen und Visionen einer gerechten sozialistischen Gesellschaft fest und fahnden noch immer nach einem «Dritten Weg» zwischen Kommunismus und Kapitalismus.

Solches Begehren nach neuen sozialistischen Experimenten erscheint bei vielen Intellektuellen der ehemaligen DDR als psychologisch leicht nachvollziehbar. Keiner möchte gern auf dem falschen Fuss gestanden haben. Die gleiche Einstellung überrascht auch nicht bei progressiven westlichen Journalisten, etwa der *«Zeit»,* die mit ihrer entschiedenen Entspannungspolitik, mit der Annäherung an die DDR Recht hatten, aber durch die schnelle Entwicklung der Dinge ins scheinbare Unrecht gesetzt worden sind; was sich gestern politisch empfahl, bleibt auch heute richtig, wenn andere Imperative vonnöten sind. Dass diese Journalisten es an unverstellt-deutlichen Worten bei Beschreibung der für jeden erkennbaren unerträglichen Verhältnissen in der DDR und ihrer Menschen verachtenden Führung mangeln liessen, darf nicht unerwähnt bleiben.

Freilich war diese Einäugigkeit keine ausschliesslich deutsche Eigenart. Mir ist unvergessen, wie einer der höchsten Beamten des Foreign Office, Sir William Hayter, den Bau der Mauer im Jahre 1961 ohne jedes Zeichen der Empörung als eine die Stabilität Mitteleuropas fördernde Massnahme deutete.

Die undeutliche Wahrnehmung und Bewertung der Realität der deutschen Veränderungen kommt am deutlichsten bei der Einstellung zur Nation zum Ausdruck. Wichtige Vertreter der westdeutschen Intelligenz — die Stars der Literatur, Soziologie und Philosophie, wie Grass, Jens, Habermas, die grünen

Lehrer und Studenten nicht zu vergessen — wollten von Anfang an die Wiedervereinigung nicht und nicht die Einheit der Nation, höchstens eine Konföderation, die die DDR als Teilstaat erhalten hätte. Das Volk hat anders entschieden. Nach Einschätzung der Intellektuellen aber haben die Deutschen das Recht auf ein normales Nationalgefühl verwirkt; Peter Glotz sieht darin gar einen Vorzug der deutschen Situation. Weil die Deutschen stellvertretend für die anderen den Nationalismus zu Ende gelebt haben, können die anderen davon lernen. Die sonderbare deutsche Germanophobie ist ein Phänomen, das noch der Untersuchung harrt. Dem häufig bemerkten Selbsthass der Deutschen liegt nach dem Urteil des Münchner Historikers Thomas Nipperdey *«eine Art Geschichtstheologie zugrunde, die besagt, dass wir Deutschen Strafe auf uns nehmen müssen und daher nie wieder eine Nation sein dürfen. Die miesepetrige Intelligenz und ihr Gefolge, die das Nationale nur ganz klein schreiben und es gerade noch im Rahmen Europas dulden wollen, vergessen, dass Europa eben auch das Europa der Vaterländer ist.»* Aus schlechtem Gewissen wollen sie nur den sogenannnten Verfassungspatriotismus gelten lassen.

So unstreitig es nun ist, dass der *«Aggressions- und Missionsnationalismus»* (Nipperdey) des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts, und insbesondere die auf Abstammung und Völkischem beruhende Nationalstaatsidee, — hoffentlich für immer — überholt sind, so wenig ist zu übersehen, dass der Identitätsnationalismus unserer Tage — im Sinne von: jeder will bei sich zu Hause sein, auch small is beautiful — nicht damit verwechselt werden darf und zum gegenwärtigen geschichtlichen Zeitpunkt unentbehrlich ist. Und wäre es nur, wie Dahrendorf (*«Merkur»*, Heft 500) zutreffend schreibt, weil das kosmopolitische Ziel der Menschheit nur über die Menschen- und Bürgerrechte zu erreichen ist, die nur die gegenwärtig bestehenden und allein handlungsfähigen Staatsnationen gewährleisten können. Generell aber gilt: *«Am Ende sind Bürgerrechte nur als Weltbürgerrechte denkbar.»* Die von Gorbatschow so bezeichneten *«globalen Fragen»* — von Treibhauseffekt bis zur internationalen Drogengefahr — sind nur von grösseren Einheiten als Nationen, letzten Endes der Menschheit als ganzer, anzupacken und zu lösen.

Für die Deutschen ist vorrangig, dass sie ein gesundes Nationalgefühl erlangen. In ganz Europa ist mit einigem Befremden die Zurückhaltung der Deutschen bei dem so atemberaubend erfolgreich zurückgelegten Weg zur Einheit konstatiert worden. Wo Jubel zu erwarten stand, waren — nicht zuletzt aus Rücksicht auf das Ausland — Ängste vor einem Rückfall in alte aggressive Grossdeutschlandideologien zu vernehmen. Willy Brandts *«was zusammengehört, muss zusammenwachsen»* wurde von vielen Sozialdemokraten, und nicht nur von ihnen, als Erlösung empfunden. Man durfte wieder national erleben.

Rückwärts- statt vorwärtsorientiert ist, wer die alten Gefahren beschwört. Nach allen Erfahrungen werden die alten Schlachten nicht neu geschlagen, so sehr sich die vielgenannten Feldherren darauf vorbereiten; auch die alten Fehler werden nicht in alter Manier begangen. Der Einschnitt der Niederlage von 1945 war zu tief, als dass die Deutschen sich in neue Grossmachtträume verlieren könnten. Die Deutschen sind anders geworden. Über 40

Jahre Demokratie und Umgang mit den westlichen Verbündeten, als täglich Mitwirkende innerhalb der atlantischen und europäischen Gemeinschaften, haben ihre pädagogische Wirkung getan. Erfahrungen, die Millionen junger Deutscher im Ausland gemacht haben, etwa durch das in seiner Bedeutung unterschätzte deutsch-französische Jugendwerk, haben die Nation umgeprägt. Überdies ist die politische Abhängigkeit Deutschlands von der und die (vor allem wirtschaftliche) Verstrickung in die internationale Gemeinschaft viel zu gross, als dass das Land aus dem Gefüge ausscheren und etwas aggressiv «Nationalistisches» unternehmen könnte.

Nach den ersten gesamtdeutschen Wahlen wird, so ist zu hoffen, die neue Bundesrepublik Deutschland ihren Weg innerhalb der westlichen Gemeinschaften kontinuierlich weitergehen, und sich gleichzeitig im hilfsbedürftigen östlichen Europa engagieren. Die vermehrte Stärke wird sie zwingen, sich neuen unkonventionellen Aufgaben zu stellen. Sie wird an vielen Stellen mehr Verantwortung übernehmen müssen als bisher, so am Golf, und sich nicht mehr hinter fragwürdigen Verfassungsbedenken verstecken können, die viele ernsthafte Rechtslehrer für nichtig halten. Die aussenpolitischen Herausforderungen werden zunehmen, obwohl die Bundesregierung in den nächsten Jahren vorrangig mit den innenpolitischen Aufgaben der Vollendung der Einheit beschäftigt sein wird.

Peter Coulmas